

Norman Solomon, der bekannte Autor und Friedensaktivist aus den USA, wirft beiden Parteien im US-Kongress vor, mit der Einladung des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg die Gefahr eines Atomkrieges erhöht zu haben.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 039/19 – 31.03.19

## Nancy Pelosi und Mitch McConnell bringen uns dem Atomkrieg näher

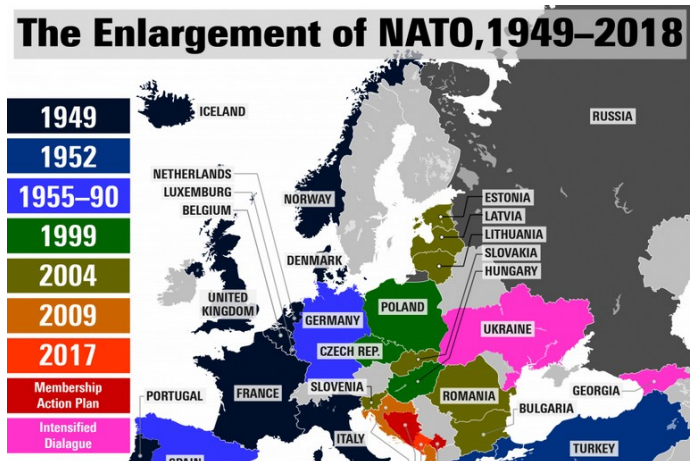
Von Norman Solomon  
truthdig, 28.03.19

( <https://www.truthdig.com/articles/pelosi-and-mcconnell-are-inching-us-closer-nuclear-war/> )

Als sich Nancy Pelosi (die demokratische Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Nancy\\_Pelosi](https://de.wikipedia.org/wiki/Nancy_Pelosi) ) und Mitch McConnell (der republikanische Mehrheitsführer im US-Senat, s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Mitch\\_McConnell](https://de.wikipedia.org/wiki/Mitch_McConnell) ) zusammentaten, um NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu einer gemeinsamen Sitzung des US-Kongresses einzuladen, hatten sie allen Grund anzunehmen, dass dessen Rede am 3. April ein großer Hit für die US-Medien und die politischen Eliten der USA werden würde. Das US-Establishment legt großen Wert darauf, die Unantastbarkeit des transatlantischen Militärbündnisses und die Verbundenheit mit ihm zu demonstrieren.

Bei dieser Verbeugung vor der NATO wird übersehen, wie gefährlich diese Allianz geworden ist. Die noch andauernde Osterweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands hat die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem direkten militärischen Konflikt zwischen den beiden atomaren Supermächten kommen könnte, bedeutend erhöht.

Wer in den USA die noch nicht beendete Osterweiterung der NATO kritisiert, muss sofort mit Verleumdungen oder Diffamierungen rechnen.



Grafik entnommen aus Google

Als der Senat vor zwei Jahren über die Aufnahme Montenegros (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Montenegro> ) in die NATO debattierte, wurde Senator Rand Paul (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Rand\\_Paul](https://de.wikipedia.org/wiki/Rand_Paul) ) aus Kentucky mit Dreck beworfen, weil er sich dagegen aussprach. Der (damals noch lebende) Senator John McCain (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/John\\_McCain](https://de.wikipedia.org/wiki/John_McCain) ) sagte in seiner Rede: "Ich weiß nicht, warum jemand dagegen sein sollte. Es fällt mir nicht leicht das zu sagen, aber damit würde er doch nur die Wünsche und Absichten Wladimir Putins unterstützen." [s. <https://www.youtube.com/watch?v=BTd-qlfp8XE> ]

Als Paul kurz darauf erklärte: "Ich bin dagegen," rief ihm McCain zu: "Der Senator von Kentucky steht jetzt in Diensten Wladimir Putins."

Mit diesem Vorwurf schloss sich McCain nur der allgemein verbreiteten hirn-rissigen Annahme von der Unverzichtbarkeit der NATO und der ebenso verbreiteten Intoleranz gegenüber allen an, die eine von Vernunft geprägte Debatte darüber führen wollen, ob es wirklich eine gute Idee war, die von den USA dominierte Militärallianz nach Osten auszuweiten und Russland in die Enge zu treiben. Es ist durchaus verständlich, dass sich Russland dadurch in seiner Existenz bedroht sieht. Stellen Sie sich nur einmal vor, die Russen würden in ein von ihnen geführtes Militärbündnis auch Kanada und Mexiko integrieren und dort Raketensysteme installieren, die zu den modernsten der Welt gehören (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_19/LP03319\\_180319.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP03319_180319.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_19/LP03419\\_200319.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP03419_200319.pdf) ).

Nach dem Fall der Berliner Mauer und trotz des – schnell gebrochenen – Versprechens, mit dem die US-Regierung 1990 zugesagt hatte, "die NATO nicht einen Zoll nach Osten auszuweiten (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP00418\\_080118.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP00418_080118.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP04318\\_110418.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP04318_110418.pdf) ), hat das Militärbündnis ein Land nach dem anderen aufgenommen (s. Grafik S. 1) und ist bis an die Grenzen Russlands vorgerückt. Während der letzten drei Jahrzehnte wurde die NATO um 13 Staaten erweitert, und es sollen noch mehr werden.

"Die NATO-Mitglieder haben bestätigt, dass Georgien als Mitglied in die NATO aufgenommen wird," erklärte Stoltenberg, als er vor einigen Tagen die georgische Hauptstadt Tbilisi (Tiflis) besuchte [s. <https://www.shephardmedia.com/news/defence-notes/stoltenberg-georgia-will-join-nato/> (und <https://www.youtube.com/watch?v=XkDf9PQxw98> ) ]. Er fügte hinzu: "Wir werden die Zusammenarbeit fortsetzen, um Georgien auf die NATO-Mitgliedschaft vorzubereiten." Am 25. März hat Stoltenberg über Twitter die Nachricht verbreitet, es habe ihn gefreut, "ein gemeinsames Manöver der NATO mit Georgien besuchen und dabei Kriegsveteranen und aktive Soldaten ehren zu können" [s. <https://twitter.com/jensstoltenberg/status/1110150938281627648> ]. Er ergänzte: "Weil Georgien ein einzigartiger Partner für die NATO ist, werden wir unsere Zusammenarbeit steigern."

Nur sehr wenige Mitglieder des US-Kongresses haben bisher Bedenken gegen die hemmungslose NATO-Osterweiterung (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP19217\\_081217.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP19217_081217.pdf) ) geäußert . Dem Senat kommt dabei eine Schlüsselstellung zu, weil er der Aufnahme jedes neuen Mitgliedes in die NATO zustimmen muss.

Meine Kollegen von RootsAction.org (s. <https://www.rootsaction.org/about-rootsaction> ) haben gerade eine E-Mail Kampagne zu diesem wichtigen Problem gestartet [s. <https://twitter.com/jensstoltenberg/status/1110150938281627648> ]. In allen US-Bundesstaaten werden sich Menschen mit individuellen E-Mails an ihre Senatoren wenden und sie auffordern, die Aufnahme weiterer NATO-Staaten abzulehnen. Wir können nur Druck ausüben, wenn möglichst viele US-Bürger mitmachen.

Das genügt aber nicht. Wenn die NATO nächste Woche ihr 70-jähriges Bestehen feiert – mit einem Empfang Stoltenbergs im Weißen Haus am Dienstag, seiner Rede vor dem Kongress am Mittwoch und einer offiziellen "Feier" am Donnerstag, dem 4. April, – sollten auch möglichst viele Menschen an den Foren und Protesten [s. <https://worldbeyondwar.org/notonato/> ] teilnehmen, die im Rahmen der "No to NATO"-Woche in Washington stattfinden.

In einem Statement der Kampagne [s. <https://worldbeyondwar.org/call-for-actions-on-nato-summit-2019/> ] heißt es dazu: "Die NATO und eine gerechte, friedliche und nachhaltige Welt sind unvereinbar. ... Sie ist ein ungerechtes, undemokratisches, gewaltbereites und aggressives Militärbündnis, das die Welt zu Gunsten weniger zu unterdrücken versucht." (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_19/LP02019\\_150219.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP02019_150219.pdf) ).

Diese realistische Einschätzung der NATO ist ein wichtiger Aufschrei vor den Lobeshymnen auf die Allianz, die vermutlich nächste Woche wieder in allen Massenmedien angestimmt werden.

Trumps Entscheidung, für den NATO-Generalsekretär den roten Teppich im Weißen Haus auszurollen, steht keinesfalls im Widerspruch zur Politik seiner Regierung in den beiden letzten Jahren. Dass die Medien gelegentlich wohlwollende Äußerungen Trumps über Wladimir Putin verbreitet haben, sollte nicht die Illusion nähren, der US-Präsident hege keinerlei Aggressionen gegen Russland.

Dass viele Politiker der Demokraten und die meisten US-Medien Trump als zu nachgiebig gegenüber Russland und zu kritisch gegenüber der NATO dargestellt haben, entspricht nicht den Fakten. Trump und seine wichtigsten Unterstützer haben sich wiederholt zur NATO bekannt und sehr gefährliche, kriegstreiberische Äußerungen über Russland gemacht.

In einer mit E-Mails in Washington D.C. verbreiteten Einladung zur Teilnahme an den Veranstaltungen der "No to NATO"-Woche hat RootsAction darauf aufmerksam gemacht, dass die Trump-Regierung

- "russische Diplomaten ausgewiesen und russische Offizielle mit Einreiseverboten belegt,
- US-Raketen nahe der russischen Grenze aufgestellt,
- Waffen an die Ukraine geliefert,
- europäische Staaten zur Einschränkung ihrer Energieschäfte mit Russland gedrängt,
- das Atomabkommen mit dem Iran und den INF-Vertrag gekündigt,
- das Angebot Russlands, Weltraumwaffen und den Cyberkrieg zu verbieten, zurückgewiesen,
- die Osterweiterung der NATO fortgesetzt,
- Kolumbien zum NATO-Partner erklärt und Brasilien die NATO-Mitgliedschaft angeboten,
- die NATO-Staaten zum Kauf von noch mehr US-Waffen gedrängt,
- die Produktion neuer US-Atomwaffen in Gang gesetzt,
- die Bombardierung russischer Soldaten in Syrien angeordnet,
- in Europa die größten Militärmanöver seit dem Ende des Kalten Krieges durchgeführt,
- alle Vorschläge für eine europäische Armee zurückgewiesen und
- stattdessen auf der Stärkung der NATO bestanden hat".

Wenn NATO-Generalsekretär Stoltenberg am kommenden Mittwoch vor den versammelten Mitgliedern des Kongresses seine Rede hält, werden ihm ganz sicher Nancy Pelosi und Mitch McConnell applaudieren. Demokraten und Republikaner werden vereint begeistert von einer Militärpolitik sein, die nur wenigen Profiteuren nützt, aber immer mehr Menschen Leid und Zerstörung bringt [s. <https://nobelwomensinitiative.org/what-are-the-costs-of-militarism-war-and-violence/>]. Der auf dem Capitol Hill herrschende Jubel über die NATO kann nur gebrochen werden, wenn die Öffentlichkeit mit vielfältigen Aktivitäten und Protesten aufgeklärt wird und ein immer breiter werdendes Bündnis die Kriegstreiber diesseits und jenseits des Atlantiks stoppt.

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Infos über ihn sind nachzulesen unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Norman\\_Solomon\\_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_(Journalist)) . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*



## **Pelosi and McConnell Are Inching Us Closer to Nuclear War**

Norman Solomon

Mar 28, 2019

When Nancy Pelosi and Mitch McConnell teamed up to invite NATO Secretary General Jens Stoltenberg to address a joint session of Congress, they had every reason to expect the April 3 speech to be a big hit with U.S. media and political elites. The establishment is eager to affirm the sanctity of support for the transatlantic military alliance.

Huge reverence for NATO is matched by how dangerous NATO has become. NATO's continual expansion — all the way to Russia's borders — has significantly increased the chances that the world's two nuclear superpowers will get into direct military conflict.

But in the United States, when anyone challenges the continued expansion of NATO, innuendos or outright smears are likely.

Two years ago, when the Senate debated whether to approve bringing Montenegro into NATO, the mud flew at Sen. Rand Paul of Kentucky after he showed up to object. An infuriated Sen. John McCain declared on the Senate floor: "I have no idea why anyone would object to this, except that I will say — if they object, they are now carrying out the desires and ambitions of Vladimir Putin, and I do not say that lightly."

Moments later, when Paul said "I object," McCain proclaimed: "The senator from Kentucky is now working for Vladimir Putin."

With those words, McCain conveyed the common madness of reverence for NATO — and the common intolerance for anything that might approach a rational debate on whether it's a good idea to keep expanding an American-led military alliance to, in effect, push Russia into a corner. Doing so is understandably viewed from Russia as a dire threat. (Imagine a Russian-led military alliance expanding to Canada and Mexico, complete with some of the latest missile systems on the planet.)

Ever since the fall of the Berlin Wall — and the quickly broken promises by the U.S. government in 1990 that NATO would move "not one inch eastward" — NATO has been closing in on Russia's borders while bringing one nation after another into full military membership. During the last three decades, NATO has added 13 countries — and it's not done yet.

NATO members "have clearly stated that Georgia will become a member of NATO," Stoltenberg asserted days ago while visiting the Georgian capital of Tbilisi. He added: "We will continue working together to prepare for Georgia's NATO membership." For good measure, Stoltenberg tweeted on March 25 that he was "delighted to observe the joint NATO-Georgia exercise" and "honored to meet veterans & serving soldiers," adding that "Georgia is a unique partner for #NATO & we are stepping up our cooperation."

Very few members of Congress can be heard raising any concerns about such reckless expansion. The Senate is key, because adding a country to full NATO membership requires Senate approval.

My colleagues at RootsAction.org have just launched a constituent email campaign on this issue. In every state, people are contacting their senators with individual emails urging them to oppose NATO expansion. Such constituent pressure needs to escalate.

But lobbying is only part of what's needed. As NATO marks its 70th anniversary next week with a range of activities — including a White House welcome for Stoltenberg on Tuesday, his speech to Congress the next day and an official “celebration” on April 4 — counter-actions including forums and protests as part of a “No to NATO” week will be happening in Washington.

A statement from the campaign says that “NATO and a just, peaceful and sustainable world are incompatible.... It is an unjust, undemocratic, violent and aggressive alliance trying to shape the world for the benefit of a few.” Such evaluations of NATO in the real world are a far cry from the adulation that will be coming from mass media next week.

Trump's decision to roll out the White House red carpet for NATO's secretary general is consistent with the administration's actions during the last two years. Media narratives that fixate on occasional warm rhetoric from Trump about Russian President Vladimir Putin have fueled illusions that Trump isn't pursuing aggressive anti-Russian policies.

While many Democratic politicians and U.S. media outlets have portrayed Trump as soft on Russia and uncommitted to Western militarism, such claims don't hold up to facts. Trump and his top deputies have repeatedly affirmed a commitment to NATO, while his overall policies (if not always his rhetoric) have been dangerously bellicose toward Russia.

In an email message to the D.C. area encouraging participation in “No to NATO” events next week, RootsAction pointed out: “Trump has evicted Russian diplomats, sanctioned Russian officials, put missiles practically on Russia's border, sent weapons into Ukraine, lobbied European nations to drop Russian energy deals, left the Iran agreement, torn up the INF Treaty, rejected Russia's offers on banning weapons in space and banning cyberwar, expanded NATO eastward, added a NATO partner in Colombia, proposed adding Brazil, demanded and successfully moved most NATO members to buy significantly more weapons, splurged on more nukes, bombed Russians in Syria, overseen the largest war rehearsals in Europe in half a century, condemned all proposals for a European military and insisted that Europe stick with NATO.”

When NATO Secretary General Stoltenberg gives his speech to the assembled members of Congress next Wednesday, you can count on the House Speaker and Senate Majority Leader to be right behind him. The bipartisan enthusiasm will be obvious — in tribute to a militarized political culture that is vastly profitable for a few, while vastly destructive in countless ways. Only public education, activism, protests and a wide range of political organizing have the potential to disrupt and end the reflexive support for NATO in Washington.

<http://www.luftpost-kl.de/>

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**